

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Dirk Löhr **3** Boden – die verkannte Umverteilungsmaschine
- Wolfgang Freitag und Max Danzmann **20** Die Wirtschaftspolitik Deutschlands zwischen Markt, Wettbewerb und Sozialprinzip am Beispiel ausgewählter Themen
- Jörg Gude **29** Für eine Anpassung gesetzlicher Zinssätze an die anhaltende Niedrigzinsphase
- Stefan Padberg **32** Europa neu denken und gestalten
- Thomas Betz **45** Europa und die Welt: Keynes' Bancor-Plan als Grundlage für einen friedlichen Welthandel
- Edoardo Beretta **55** Paul Davidson und die Reform der internationalen Währungsordnung: eine Argumentation nach der Finanzkrise von 2008
- Niko Paech **60** Grünes Wachstum als Irrweg
- 65** Personalien – Berichte – Bücher

Europa und die Welt: Keynes' Bancor-Plan als Grundlage für einen friedlichen Welthandel

Thomas Betz

Im Bemühen um eine Weiterführung der europäischen Integration kam es am 01.01.1999 zunächst zur technisch-virtuellen europäischen Währungsunion bzw. -fusion und am 01.01.2002 schließlich zur Ausgabe der Euro-Münzen und -Noten. Spätestens nach dem Maastricht-Vertrag vom 07.02.1992, der u.a. die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, also auch den Euro, zum Inhalt hatte, setzte eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit des Euro ein, die in den besagten Jahren um die Jahrtausendwende ihren Höhepunkt erreicht und an der sich auch der Autor – auf der Seite der Skeptiker und Kritiker – beteiligt hat.¹ Im Nachgang ist zu konstatieren, dass die Befürchtungen der Skeptiker und Kritiker leider Realität wurden.

Nach der Einführung des Euro kam es nur bedingt zu den erhofften und angekündigten Angleichungsprozessen, die darüber hinaus und fatalerweise in den entscheidenden Punkten auch nur vermeintliche waren. Dazu exemplarisch: Ein wesentliches Konvergenzkriterium für die Teilnahme am Euro war die Inflationsrate.² Einmal abgesehen von diversen Manipulationen südeuropäischer inflationsträchtiger Euro-Teilnehmer, die zu erwarten waren und später auch belegt werden konnten, ist entscheidend für die weitere Entwicklung und den Fortbestand einer Währungsunion nicht etwa die Inflationsrate zum Zeitpunkt des Eintritts, sondern die Inflationsrate in den Jahren danach; mithin der Umstand, ob sich die Inflation bei den Teilnehmern im Gleichklang entwickelt oder vielmehr auseinanderdriftet.

Nach dem Beitritt haben sich die südeuropäischen Hochinflationen mitnichten an nord-europäische Niedriginflationen angepasst. Dazu gab es aus ihrer Sicht auch keinerlei Veranlassung. Um zu erkennen, dass die Löhne der Nord-europäer höher waren als die der Südeuropäer, brauchte man jetzt keinen Taschenrechner mehr. Das Mantra-artige Versprechen der Euro-induzierten Angleichung der Lebensverhältnisse klang noch in den Ohren und eine Angleichung der Nordlöhne Richtung Süden konnte ja wohl nicht gemeint sein. Alljährliche und (jedenfalls numerisch) signifikante Lohnsteigerungen waren ohnehin seit Jahrzehnten zu einer Art Gewohnheitsrecht geworden und so machte man im Süden erst mal so weiter, mit entsprechenden Konsequenzen für die Entwicklung der Preisniveaus.

Das Fatale: Die Lohnsteigerungen konnten zwar nicht so einfach erwirtschaftet, aber doch einfach finanziert werden, denn die Kapitalkosten, die Zinssätze, haben sich – in Abgrenzung zur Inflationsrate – in der Eurozone tatsächlich harmonisiert, zumindest in den ersten Jahren. Dies deshalb, weil die Kapitalmärkte in der Frühphase tatsächlich davon ausgingen, dass sich in einem gemeinsamen Währungsraum nunmehr einheitliche Verhältnisse, insoweit sie noch nicht gegeben sind, allmählich herausbilden. Bald lag im Süden die Inflationsrate über den Zinssätzen der Kapitalmärkte; d.h. jeder, der sich nicht kräftig verschuldet hat, war selber schuld. Nicht nur die Unternehmen, auch die privaten Haushalte verschuldeten sich immer weiter, vom Staat ganz zu schweigen.

Die (aufgrund der Lohnerhöhungen unvermeidbar) höheren Preise der Unternehmen senkten deren Wettbewerbsfähigkeit. Im Gegensatz zu früher konnte diese jedoch per Weichwährung nicht wiederhergestellt werden, denn man war ja jetzt im Euro. Die Wettbewerbsfähigkeit ging nicht nur beim Export ins Ausland verloren, sondern auch im Inland, denn die erfolgreichen Industriegüter aus dem europäischen Norden wurden jetzt nicht mehr durch die eigene Weichwährung gebremst, sondern wurden immer noch attraktiver, weil (relativ) immer noch billiger. Und die Konsumenten konnten diese aufgrund der billigen Kredite auch immer noch billiger erwerben. Die Stellung der eventuell notwendigen Sicherheiten war kein Problem, denn von der Inflation waren längst auch die Vermögenswerte umfasst, namentlich die Immobilien, deren Werte synchron mit der allgemeinen Verschuldung in den Himmel wuchsen. Arbeitsplätze, die neu entstanden, waren typischerweise solche im Konsumbereich, wo (z.B. in neuentstandenen Autohäusern auf der grünen Wiese) die begehrten – und immer „günstiger“ gewordenen – importierten Konsumgüter verteilt wurden.

Aber auch dadurch konnte die verloren gegangene Wettbewerbsfähigkeit nicht kompensiert werden. Die Arbeitslosigkeit stieg. Gleichwohl blieb die Finanzierung derselben ebenfalls jahrelang vergleichsweise unproblematisch, denn auch die Staatsverschuldung war ja jetzt billig geworden. Der gesamte Süden der Euro-Zone feierte ein Jahrzehnt lang eine einzige große Verschuldungs- Orgie. Aber das Schlimmste: Er wähnte sich dabei im Euro-induzierten Angleichungsprozess, denn der Lebensstandard stieg ja tatsächlich immer weiter an, sichtbar z.B. an der immer höheren Kaufkraft südeuropäischer Touristen in Nordeuropa (und vice versa!).

Es kam so, wie es kommen musste: Die internationalen Finanzmärkte bekamen schlagartig Zweifel an der Bonität der südeuropäischen Schuldner, prolongierten ihre Kreditlinien schlagartig nur noch gegen saftige Risiko-Aufschläge. Aus war's mit dem angeblichen Angleichungsprozess auf den Kapitalmärkten. Schnell sehnte man sich im Süden zurück zu den nunmehr

plötzlich „günstigen“ Zinssätzen aus der Vor-Euro-Zeit. Aber dafür war es jetzt zu spät.

Um zu verhindern, dass der gesamte Süden der Euro-Zone geschlossen den Staatsbankrott erklärt und geborene Europäer dem Hunger ausgeliefert werden (auch Lebensmittel wurden dort mittlerweile „günstig“ importiert), startete die EU zusammen mit dem IWF die größte und teuerste Rettungsaktion der Weltgeschichte. Hauptempfänger der IWF-Gelder war plötzlich nicht mehr etwa ein Entwicklungsland auf der Südhalbkugel mit Hunderten von Millionen von Einwohnern, sondern ein kleines aber feines und soeben noch als aufstrebend geltendes europäisches Land mit 11 Mio. Einwohnern, dessen Einkommens- und Lebenshaltungskostenniveau sich durchaus im europäischen Mittelfeld bewegte, das zwar nur 1% zur Wirtschaftsleistung der EU beitrug, aber dem Kontinent einstmals seinen Namen gab: Griechenland.

Trotz aller No-Bailout³-Schwüre, völkerrechtlich festgezurrt im Vertrag von Maastricht und insbesondere im Vorfeld der Euro-Einführung bis zur Erschöpfung wieder und wieder wiederholt, kam es zu dem, was u.a. Wilhelm Hankel immer korrekt prognostizierte hatte: Transferleistungen von Nord nach Süd. Nicht Millionen und nicht Milliarden. Zusammen mit den von den Euro-Staaten verantworteten Anteilen an den IWF-Krediten, den Anteilen am ESM⁴, den gesondert ausgewiesenen sog. „Griechenland-Rettungsplänen“, den EZB-Anleihekäufen und den Target-Verbindlichkeiten addieren sich die Summen längst im Billionen-Bereich. Insgesamt umfassen sämtliche Rettungspakete bislang ein Volumen von 1.496 Milliarden Euro.⁵ Anteilig haftet Deutschland innerhalb der Eurozone mit 379 Milliarden Euro. Im Fall eines Auseinanderbrechens der Währungsunion wäre das Risiko Deutschlands allerdings wesentlich höher – insbesondere wären dann die gesamten Targetforderungen Deutschlands vermutlich uneinbringlich verloren.⁶

Um die Wähler im Norden halbwegs bei Laune zu halten, wurden die Transfers mühsam als Kredite getarnt, über eigens gegründete EU-Institutionen (EFSF und ESM) komplex verschaltet und eher aus kosmetischen Gründen mit

„Sparauflagen“ belegt. Die „Dankbarkeit“ im Süden hielt sich gleichwohl in Grenzen, denn für den Otto-Normal-Südeuropäer stellte sich die Situation wie folgt dar: 10 Jahre lang lief alles super, aber seitdem ständig Merkel und Schäuble im Fernsehen auftauchen, gibt es auch ständig Diskussionen und Probleme und jetzt soll auch noch die Rente gekürzt werden?!

Analog zur deutsch-deutschen Währungsunion wurde auch bei der europäischen Währungsunion nicht selbige als das ureigentliche Problem erkannt bzw. sollte auch nicht als solches erkannt werden, vielmehr wurde die Verantwortung, die „Schuld“, projiziert auf eine Person (damals auf Birgit Breuel, diesmal auf Angela Merkel) bzw. auf eine Institution (damals die Treuhandanstalt, diesmal die „Troika“). So nimmt es auch nicht Wunder, dass nochmals Jahre ins Land gehen mussten, bis im Süden langsam aber sicher, behutsam aber allmählich, auch in der Fläche die Erkenntnis Raum griff, dass es vielleicht auch anders geht, dass es vielleicht auch ohne Euro geht, und dass es ohne Euro vielleicht sogar besser geht, denn:

Trotz aller Billionen-schwerer Löscharbeiten der EU ist das Desaster im Süden augenscheinlich. Die Jugendarbeitslosigkeit ist mittlerweile chronisch, die Wirtschaft stagniert oder sie schrumpft. Das Wettbewerbsproblem des Südens ist längst zum strukturellen Problem geworden, denn die Industrien, deren Wettbewerbsfähigkeit durch Abwertung hätte erhalten werden können, gibt es dank Euro gar nicht mehr. Griechenland, ohnehin mit produzierendem Gewerbe nicht gerade gesegnet, darf als weitgehend de-industrialisiert gelten. Die Wirtschaftsleistung Griechenlands erreicht heute – trotz aller Hilfszahlungen! – gerade einmal 76,1% des Vorkrisenniveaus von 2008. Im selben Zeitraum schrumpfte die Wirtschaft Italiens, noch immer die achtgrößte Volkswirtschaft der Welt, auf 95,9% des Niveaus von 2008.⁷ Portugal erreichte erst in diesem Jahr wieder das Niveau von 2008, Spanien bereits in 2016. Seitdem wächst Spanien wieder moderat mit 2,8%. Die Zahlen sehen in den allerletzten Jahren wieder etwas besser aus, können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein „Herauswachsen“ aus den Schulden auch in

Generationen nicht realistisch ist. Aber immerhin wird im Süden mittlerweile offen über den Ausstieg gesprochen, von weit links (Syryza in Griechenland) bis weit rechts (aktuelle Regierung in Italien)⁸ – selbstredend jeweils ohne auch nur daran zu denken, die bislang in Euro aufgelaufenen Schulden zu bedienen.

Völlig zurecht wird von unterschiedlichen Seiten darauf hingewiesen, dass ein unauflösbarer Widerspruch darin besteht, dass von den am Boden liegenden Ökonomien im Süden einerseits verlangt wird, zu sparen, andererseits aber, sich zu entwickeln und zu wachsen, nicht zuletzt auch, um ihre Schulden bezahlen zu können. An dieser Stelle wird ein weiteres Problem des Euros plastisch: Würden die betroffenen Volkswirtschaften noch über ihre eigenen Währungen verfügen, so hätten sie in der gegenwärtigen Situation jedenfalls die Möglichkeit, Wachstum per Staatsausgaben zu generieren, und diese Staatsausgaben im Zweifel per Ausweitung der Geldmenge durch die nationale Notenbank zu finanzieren. Insoweit diese Praxis zu moderater Inflation führt⁹, ist das der Wohlfahrt der betroffenen Ökonomie möglicherweise gar nicht so abträglich, weil ja diese Abwertung über den Wechselkurs die internationale Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft erhöhen würde (s.o.).

Ganz anders die real existierende Problematik von Griechenland und Italien: Um in der gegenwärtigen Situation Wachstum per Staatsausgaben zu generieren oder auch aus anderen Gründen an liquide Mittel zu kommen, müssen diese Länder bitteln und betteln gehen und sich den jeweiligen Konditionen unterwerfen: zum IWF, zur EZB, zur EU, denn eigenes Geld haben sie nicht mehr, und Euros ohne Abstimmung mit der EU einfach nachdrucken geht auch nicht, ohne internationale Verträge zu verletzen. Aber fast noch schlimmer: Eine innere Inflation führt nunmehr keineswegs zu einer Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit (s.o.), denn es gibt ja kein Wechselkurs-Scharnier mehr. Nicht genug damit also, dass der Euro die betroffenen Länder in diese Situation gebracht hat: Er verhindert auch, dass diese sich aus eigener Kraft aus der Misere befreien können und mutmaßlich

auch, dass sie überhaupt jemals daraus befreit werden können.

Das Schlimmste am Euro ist nicht, dass er ökonomisch nicht funktioniert, dass er Entwicklung verhindert statt zu fördern, dass er ökonomische Disparitäten verstärkt statt sie einzu-ebnen, dass er die, die ohnehin schwächer sind, noch schwächer macht (und vice versa!), auch nicht, dass irgendwann dann aus dem Omelett doch wieder einzelne Eier gemacht werden müssen.¹⁰ Das Schlimmste am Euro ist die Tatsache, dass er die innerhalb eines halben Jahrhunderts mühsam errungene politische Annäherung der europäischen Nationen zerstört hat, dass er die reicheren im Norden und die weniger reichen im Süden gegeneinander aufgebracht hat. Von der politischen Einigung, die einer ernsthaften währungspolitischen Einigung unabdingbar vorausgehen muss, sind wir dank Euro heute weiter entfernt denn je zuvor.

Wie geht es anders?

Eigenständige nationale Währungen müssen den Euro nicht notwendigerweise über Nacht ersetzen, dürfen ihn aber – in einem ersten Schritt – zumindest ergänzen. Diese Vorgehensweise hätte verschiedene Vorteile:

Die in Euro denominierten Verpflichtungen blieben bis auf Weiteres erst einmal unverändert stehen. Die Bedienung der Kreditlinien müsste eventuell prolongiert werden, wäre aber grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Damit ist die Wahrscheinlichkeit der Akzeptanz der neuen Währungspraxis seitens der europäischen Partner viel höher als dies bei einem regelrechten Austritt aus dem Euro der Fall wäre. Der Euro behielte auch seine Funktion als internationale Verrechnungseinheit für den Außenhandel und im internationalen Zahlungsverkehr bei, wäre also auch in dieser Funktion in keiner Weise in Frage gestellt.

Die (Neu-)Etablierung einer eigenen (Binnen-)Währung würde aber gleichermaßen sicherstellen, dass alle Vorteile einer solchen ebenfalls genutzt werden könnten; einschließlich der oben beschriebenen selbstbestimmten Ausweitung der Staatsausgaben mit selbstbestimmtem Geld in

eigener Verantwortung mit dem Ziel, unabhängig von ausländischer Einmischung oder Fremdbestimmung Wachstum zu generieren (und damit möglicherweise auch eines Tages die Euro-Schulden bedienen zu können). Bis zu welchem Grad die Binnenwirtschaft nunmehr per Binnenwährung läuft, ergibt sich einerseits durch Marktgegebenheiten, kann andererseits aber auch politisch determiniert werden. Ähnliches gilt auch für den Wechselkurs zum Euro, der sich jedenfalls nutzenmehrend für die Wettbewerbsfähigkeit auswirken sollte. Einige kluge Köpfe, gerade auch aus dem geldreformerischen Umfeld, haben sich zur Frage der nationalen Parallelwährung zum Euro bereits kluge Gedanken gemacht, die sich zu Gemüte zu führen lohnt.¹¹

Man könnte aber den Spieß auch umdrehen und nicht die nationale Währung, sondern vielmehr die internationale Verrechnungswährung als die Parallelwährung denken.

Bereits 1944 in diese Richtung gedacht hat kein geringerer als John Maynard Keynes. Den nach ihm benannten Plan hat der bedeutendste Ökonom des 20. Jahrhunderts auf der bedeutendsten Konferenz des 20. Jahrhunderts vorgestellt: in Bretton Woods im Jahre 1944, wo die Sieger des 2. Weltkriegs über die Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit berieten und befanden. Keynes fungierte in Bretton Woods als Leiter der britischen Delegation. Mit seinem Plan konnte er sich seinerzeit gegen die übermächtige Dominanz der US-Amerikaner nicht durchsetzen und sein Plan verfiel für Jahrzehnte in einen Dornröschenschlaf. Lange Zeit war der Plan auch Fachleuten, auch Ökonomen, auch solchen, die sich explizit auf Keynes beriefen, weitgehend unbekannt. Viele hatten davon noch nie gehört. 1988 erfolgte schließlich die Veröffentlichung einer deutschen Übersetzung von Keynes' Originaltext durch den Ökonomen Jan A. Kregel; denkwürdiger Weise allerdings nicht etwa in einer ökonomischen Fachzeitschrift, sondern in der deutschen Ausgabe von „Lettre International“, einem großformatigen europäischen Kunst-, Kultur- und Literaturjournal.¹²

Keynes' Bancor-Plan¹³

Grundlegende Gedanken eines derartigen Systems lassen sich bereits in dem von Silvio Gesell im Jahre 1920 unterbreiteten Vorschlag einer „Internationalen Valuta-Assoziation“ (IVA) finden. Dabei sollte neben den weiter existierenden preisstabilen nationalen Währungen eine von allen an der Assoziation teilnehmenden Ländern (Beitritt und Austritt wären auch für außereuropäische Staaten jederzeit möglich) als vollgültiges Zahlungsmittel akzeptierte internationale Währung, die „Iva“, umlaufen. Deren Wert sollte wiederum zu den nationalen Währungen fixiert sein. Kommt es nun zu Preiserhöhungen bzw. -senkungen in den einzelnen Ländern – etwa aufgrund einer Änderung der umlaufenden (nationalen) Geldmenge oder aber ihrer Umlaufgeschwindigkeit –, so hätte dies entsprechende Abflüsse bzw. Zuflüsse von Iva-Noten aus dem bzw. in das betreffende Land zur Folge, was wiederum korrigierend auf das Preisniveau zurück wirken würde. In einer Situation aber, in der eine Erhöhung des nationalen Notenumlaufs die Iva-Noten aus dem betreffenden Land restlos „vertreibt“, nunmehr also die Außenhandelsbilanz nicht mehr zum Ausgleich gebracht werden kann, entsteht – administrativ – die Verpflichtung einer Zinszahlung (!) gegenüber der die Iva-Noten ausgebenden Verwaltung bzw. diese gibt neue Iva-Noten an das betreffende Land nur noch gegen Agio aus. Dies erzwingt schließlich eine Verminderung der nationalen Notengeldmenge, welche schließlich zu Preisrückgängen und endlich zu einem entsprechenden Ausgleich der Außenhandelsbilanz führt. Als letztes Mittel sind Interventionen bzw. das Recht auf „Anweisungen“ an die einzelnen Nationalstaaten durch die IVA vorgesehen. Nicht durch eine Internationalisierung des gesamten Geldumlaufes sollte also die Stabilität der Wechselkurse herbei geführt werden, sondern dadurch, dass man einer beschränkten Anzahl Noten oder Münzen (Gesell sprach von 20%) internationale Gültigkeit verleihet.¹⁴ Gesell war im Hinblick auf die von ihm geforderte endgültige Loslösung des Notengeldes vom Goldstandard seiner Zeit weit voraus, blieb andererseits aber im Hinblick auf seine

mangelnde Bereitschaft (weniger sein Unvermögen), Giralgeld als Geld zu denken, Kind seiner Zeit. Insoweit wäre es verfehlt, seine Idee in ihrer damaligen Gestalt auf heutige Verhältnisse zu übertragen.

John Maynard Keynes hat sich nachweislich sehr intensiv mit Gesell auseinandergesetzt. In seinem Hauptwerk „General Theory“ widmet er ihm ein ganzes Kapitel. Deshalb womöglich nicht ganz von ungefähr lassen sich Parallelen zur IVA-Idee im bereits erwähnten Keynes-Plan entdecken, der – nun gewollt oder auch nicht – als die modernere Weiterentwicklung der IVA gelten kann.

Der Bancor-Plan sieht die Gründung einer Union für den internationalen Zahlungsverkehr, die sog. „International Clearing Union“, vor, die auf einem internationalen – gewissermaßen virtuellen – Bankgeld, dem sog. Bancor, beruht. Der Bancor steht in einem festen (aber nicht für alle Zeit unveränderlichen) Austauschverhältnis zu den teilnehmenden Währungen, tritt aber selbst nicht in Notengeldform oder anderweitig als Zahlungsmittel für die Wirtschaftssubjekte in Erscheinung. Die Zentralbanken der Mitgliedsländer unterhalten bei der International Clearing Union Konten, die es ihnen ermöglichen, ihre Leistungsbilanzen untereinander, definiert in Bancor-Einheiten, auszugleichen. Für Länder mit einer positiven Leistungsbilanz (die also mehr Güter und Dienstleistungen exportieren als sie importieren) wird bei der Clearing Union ein Bancor-Guthaben ausgewiesen, für solche mit einer negativen Bilanz ein entsprechendes Soll.

Das Ganze wird von Maßnahmen begleitet, die einer unbegrenzten Anhäufung von Guthaben sowie von Schulden entgegenwirken. Für jeden Mitgliedstaat wird – nach einem Schlüssel unter Berücksichtigung der bisherigen außenwirtschaftlichen Aktivität – zunächst die Höhe seiner maximal erlaubten Verschuldung gegenüber der Union festgelegt, die sog. „Quote“, welche jedoch in regelmäßigen Abständen überprüft und angepasst werden kann. Übersteigt nun der jährliche Durchschnitts-Saldo eines Mitgliedstaates ein Viertel seiner Quote, so soll vom entsprechenden Differenzbetrag eine Gebühr von 1% an den sog. Reserve-Fonds der Clearing Union ge-

zahlt werden; und zwar unabhängig davon, ob es sich nun um einen Haben- oder einen Schuldenaldo handelt! Übersteigt der Saldo die Hälfte der Quote, so erhöht sich die Gebühr auf 2%. Mitgliedstaaten, die Schulden haben, können aber nunmehr auf Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen aus den Guthaben der Mitgliedstaaten, die über solche verfügen, Anleihen aufnehmen, wodurch beide, die Schuldner wie die Gläubiger, ihre Gebühren an die Clearing Union vermeiden können. Dabei ergibt es sich marktlogisch, dass die Konditionen für diese Anleihen bei Zinssätzen unter 1% bzw. unter 2% liegen werden, da die Schuldner selbstverständlich nicht bereit sein würden, mehr zu bezahlen als sie an Gebühren an die Clearing Union zu entrichten hätten. Auf der anderen Seite sind die Gläubiger ebenfalls froh, keine Gebühren entrichten zu müssen, und geben sich im Idealfall mit einem Zinssatz nahe oder sogar gleich Null zufrieden. Unter den gegebenen Bedingungen ist es auch ohne weiteres vorstellbar, dass sich Gläubiger – zumindest vorübergehend – mit leicht negativen Zinssätzen einverstanden erklären, wenn sich ihre Position dadurch günstiger darstellt, als wenn sie Strafgebühren entrichten müssen.

Keynes dazu: „Auf der anderen Seite muss die Clearing Union auch auf Gläubigerländer dahingehend einwirken können, dass sie ihre umfangreichen Liquiditätsreserven ungenutzt lassen, damit diese für einen positiven Zweck verwendet werden können. Denn übermäßige Guthaben erzeugen notwendigerweise übermäßige Schuldbilanzen für eine andere Partei. Mit der Anerkennung der Tatsache, dass der Kreditgeber ebenso wie der Schuldner verantwortlich sein kann für mangelndes Gleichgewicht, würde die vorgeschlagene Institution absolutes Neuland betreten.“¹⁵

Bei Überschreiten des Schuldkontos um mehr als ein Viertel der Quote sind die Mitgliedstaaten zunächst nur berechtigt, den Kurs ihrer Währung gegenüber dem Bancor anzupassen. Bei Überschreitung um mehr als die Hälfte der Quote kann die Clearing Union eine bestimmte Abwertung der Währung des Mitgliedstaates verlangen sowie der Regierung des Mitgliedstaates „solche Maßnahmen zur Beeinflussung der inländischen

Wirtschaft empfehlen, die geeignet erscheinen, um die internationale Zahlungsbilanz dieses Landes wieder auszugleichen.“¹⁶

Übersteigt das Schuldenkonto eines Mitgliedslandes schließlich mehr als drei Viertel seiner Quote, so kann die Clearing Union vom Mitgliedstaat noch weiter gehende Maßnahmen verlangen. Falls es dem Mitgliedstaat nicht innerhalb von 2 Jahren gelingen sollte, sein Schuldenkonto unter die betreffende Marke zu senken, so kann ihn die Clearing Union schließlich für zahlungsunfähig erklären und ihm die Berechtigung entziehen, weiterhin sein Konto zu belasten.

Aber auch die Gläubiger(-staaten) sollen zur Rechenschaft gezogen werden können. Übersteigt bei einem Mitgliedstaat das Guthabenkonto die Hälfte seiner Quote, „dann verständigt er sich mit dem Vorstand (der Clearing Union, TB) darüber, welche Maßnahmen geeignet erscheinen, um einen Ausgleich seiner internationalen Zahlungsbilanz herbei zu führen.“¹⁷ Hierzu gehören:

- a) Maßnahmen zur Steigerung der Inlandsnachfrage,
- b) Aufwertung seiner Landeswährung gegenüber dem Bancor oder aber ergänzend bzw. alternativ – ein Anheben der Geldlöhne,
- c) die Reduzierung von Importzöllen und anderen Importhemmnissen,
- d) internationale Darlehen für die Entwicklung zurückgebliebener Länder.

Um zu vermeiden, dass bereits bestehende oder aber befürchtete Annäherungen an die Quoten der Teilnehmerländer zu nicht marktkonformen Handelsbeschränkungen bzw. Beeinflussungen führen, die letztlich retardierend auf die Prosperität der gesamten Weltwirtschaft wirken würden, sollen ausgeschlossen werden:

- Importbeschränkungen,
- Tauschhandelsabkommen,
- Exportquoten und diskriminierende Exportsteuern,
- Exportzuschüsse,
- Zölle, „die eine angemessene Höhe übersteigen“.

Über den Welthandel hinaus sollte der Bancor auch allerlei segensreiche Wirkungen für andere internationale Aufgaben entfalten. So nannte

Keynes in seinem Entwurf die Einrichtung¹⁸

- internationaler Körperschaften, die sich mit Nachkriegshilfe, Sanierungsprogrammen und Wiederaufbau befassen,
- einer übernationalen Ordnungsmacht, „die die Aufgabe hat, den Frieden zu bewahren und die internationale Ordnung aufrecht zu erhalten“,
- einer internationalen Investitionsgesellschaft,
- einer internationalen Körperschaft, die mit der Steuerung der Rohstoffversorgung befasst ist und beispielsweise Rohstofflager finanziert.

Die genannten Institutionen sollten sehr eng mit der ICU zusammenarbeiten – beispielsweise sollte die internationale Ordnungsmacht die Möglichkeit bekommen, zusammen mit der ICU über die weitere Verwendung des Verrechnungskontos eines säumigen Teilnehmerstaates zu befinden etc. – und damit (nunmehr „echt keynesianisch“) „die Übel des Konjunkturzyklus durch die Ausübung von Dämpfung- oder Wachstumsimpulsen auf das Gesamtsystem oder auf einzelne Bereiche bekämpfen“. Die Finanzierung der eher konsumtiven Ausgaben (Ordnungsmacht, Aufbauprogramm) könnte dabei durch den „Reserve Funds“ erfolgen.

Die ICU wäre also eine Institution, die multilateral barter trading (z. dt. Kompensationsgeschäfte) organisiert und auf Basis eines „Geldes“ verrechnet, das lediglich bei der Verbuchung gelieferter Leistungen auf der Aktivseite des Lieferanten und auf der Passivseite des Verbrauchers in Erscheinung tritt, auf Geldverkehr im üblichen Sinne also völlig verzichtet. Man könnte sie also durchaus auch mit einem Tausch-Ring der Nationalstaaten vergleichen. In Bank-Termini ausgedrückt, handelt es sich um eine „Bank“, die sich einer nicht konvertiblen Währungseinheit bedient, kein Liquiditätsproblem kennt, immer zahlungsfähig ist, nicht zusammenbrechen und dementsprechend auch auf Reserven verzichten kann. Insofern kann auch darauf verzichtet werden, dass einzelne Mitgliedstaaten Vermögenswerte zur Verfügung stellen, um einen Kapitalstock für einen Fond zu bilden, der Kredite vergibt (wie das beim heute real existierenden IWF und der Weltbank der Fall ist). Die Bereitstellung der Liquidität würde in genau der zur Finanzierung des Handels erforderlichen Größenordnung

erfolgen. Im Verhältnis zum Bedarf wäre also nie zu viel oder zu wenig internationales Geld vorhanden. Die internationale Währung wäre ausschließlich von endogenen Prozessen bestimmt und nicht abhängig von Goldfunden, vom Vertrauen in eine Leitwährung bzw. vom Grad der durch das Leitwährungsland zur Verfügung gestellten Liquidität. Das in der heutigen Praxis häufig hochproblematische Dilemma zwischen der Verwendung der Leitwährung (US-\$) als einerseits nationaler Währung und andererseits internationaler Liquidität und Zentralbankreserve wäre aufgelöst.

Keynes betonte, dass ein weiterer bedeutender Vorteil des Systems darin besteht, dass dabei nicht mehr Liquidität über Hortungsmechanismen dem Markt entzogen und dadurch deflationärer Druck mit Kontraktionswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft ausgeübt werden kann. Insbesondere sollte die Konvertibilität des Bancor in Gold explizit ausgeschlossen werden. Er bezieht sich damit augenscheinlich auf die USA, die ihre Außenhandelsüberschüsse Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dazu benutzten, den größten Goldschatz der Weltgeschichte aufzuhäufen: „Ebenso wie die Entwicklung nationaler Bankensysteme zur Auflösung eines deflationären Drucks geführt hat, der ansonsten die Entwicklung der modernen Industrie verhindert hätte, können wir bei Anwendung des gleichen Prinzips auf internationaler Ebene hoffen, dass es uns gelingen wird, die Kontraktionstendenzen zu kompensieren, die ansonsten dazu führen könnten, dass die Zukunftschancen unserer modernen Welt in sozialen Unruhen und Enttäuschungen untergehen. Ein Kreditmechanismus anstelle des Hortens hätte auf internationalem Gebiet das Wunder noch einmal hervorgebracht, das schon auf nationaler Ebene Stein in Brot verwandelt hat.“¹⁹

Gläubigerländer sollten also nur noch die Möglichkeit haben, ihre Überschüsse entweder auszugeben oder aber – und zwar zinsfrei oder jedenfalls zinsgünstig – zu verleihen, nicht aber, diese Überschüsse aufzuschätzen, weder in Gold noch in Fremdwährungen noch sonst wie, weil der Bancor zum Horten einfach nicht zu gebrauchen ist. Denn: „Die Weigerung, Kredite zu ver-

geben, würde entweder durch einen negativen Zins auf Einlagen oder deren Konfiszierung sanktioniert.“²⁰

Die Beziehung zwischen Bancor und Gold gleicht dabei einer Einbahnstraße. Zwar sollte es jedem Land möglich sein, bei der ICU Bancor-Guthaben gegen Gold zu „kaufen“, nicht aber, in der Gegenrichtung per Aufgabe von Bancor-Guthaben Gold zu erwerben; und auch nicht, „zurück“ zu erwerben. Damit wäre der Status des Bancor als Reservewährung gestärkt worden und das Notenbankgold nach und nach zur ICU gewandert. Für Keynes schien einigermaßen klar zu sein, dass die Macht dort ist, wo das Gold ist und umgekehrt.

Keynes betonte bei seinem System auch den multilateralen Charakter des Beziehungsgeflechts von Handelsströmen, denn ein Land ist immer im Soll oder Haben mit der ICU als Ganzer und muss nicht etwa warten, bis sein Gläubiger bzw. Schuldner seine Waren nachfragt bzw. ihm welche liefert. Dies war in der Tat zu Zeiten von Bretton Woods weniger selbstverständlich als dies heute der Fall ist. Zum einen war der Anteil des internationalen Handels am Handel insgesamt weit geringer; zum anderen war internationaler Handel oft bilateral gebunden und – soweit multilateraler Natur – häufig/typischerweise Gold-vermittelt.

Wir haben heute einen funktionierenden, wenn auch nicht gleichgewichtigen multilateralen Welthandel ohne Bancor, der auch nicht mehr durch Gold vermittelt ist. Aber an die Stelle des Goldes trat die sog. Leitwährung US-Dollar. Das war aber genau, was Keynes verhindern wollte, auch innerhalb des ICU-Systems: „Um sicherzustellen, dass das Pfund Sterling und der Dollar nicht mit dem Bancor als Reservewährung in Konkurrenz treten, könnten Großbritannien und die Vereinigten Staaten vereinbaren, keine über das notwendige Maß hinausgehenden Reserveguthaben anderer Staaten zu akzeptieren.“²¹

Man muss kein Moralist sein, um das heutige System für ungerecht zu halten. Ökonomischen Disparitäten wird dadurch nicht etwa entgegen gewirkt, sondern sie werden im Gegenteil verstärkt. Die Unternehmen und Banken im Leit-

währungsland können in der heimischen Währung kalkulieren, Kosten für Kurssicherungs-geschäfte und Wechselkurs-Provisionen entfallen für sie völlig und werden auf das Ausland abgewälzt. Der übrige Welthandel muss – auch für den Handel untereinander – in Leitwährung liquide sein, denn fast der gesamte Welthandel wird dergestalt abgewickelt.²² Die Leitwährung setzt sich schließlich auch als internationales Wertaufbewahrungsmittel durch. Nicht nur werden zwei Drittel der Währungsreserven der Notenbanken in US-\$ gehalten, sondern auch beinahe die Hälfte der gesamten privaten Ersparnisse. Selbst chinesische Bauern sammeln Überschüsse in \$-Noten.

Durch die genannten Zusammenhänge wird ein Nachfrageschub nach Leitwährung induziert, der bequem mit einer Ausweitung der Geldmenge in Leitwährung beantwortet werden kann, ohne dass dadurch unmittelbar Inflationsgefahren für das Leitwährungsland drohen. Denn das Geld wird ja „draußen“ gebraucht und ist insofern im Inland nicht nachfragewirksam. Der dadurch entstandene zusätzliche Notenbankgewinn kommt aber natürlich dem Leitwährungsland zugute. Als solches lässt es sich schließlich auch dann noch gut leben, wenn man vom internationalen Gläubiger zum internationalen Schuldner mutiert ist, wie im Falle der USA geschehen. Denn die Verschuldung in der eigenen Währung gestaltet sich vergleichsweise problemlos: „We just print the money!“

Was Keynes am Ende seines Lebens verhindern wollte, war genau die Absicht seiner Kontrahenten. Bekanntermaßen konnte er sich in Bretton Woods nicht durchsetzen. Stattdessen kam der amerikanische „White-Plan“ zum Zuge, ein System fester Wechselkurse mit dem US-Dollar im Mittelpunkt, indirekter Goldbindung (über den Dollar) und selbstverständlich einer positiven Verzinsung der Überschüsse. Keynes kommentierte den White-Plan – inoffiziell – mit den Worten: „Das ist kein Währungssystem mehr, sondern eine Kneipe, in der der bezechte Wirt seine Gäste verführt mitzuhalten. Wer unangemessen nüchtern bleiben will, fliegt raus. Der beschwipste Wirt setzt ihn eigenhändig vor die Tür.“²³

Die USA waren nicht nur die militärische und politische, sondern als einzige nicht zerstörte Volkswirtschaft auch die wirtschaftliche Siegermacht des 2. Weltkrieges und schon allein dadurch in der Position eines Weltgläubigerlandes. Der „White-Plan“ entsprach den ökonomischen und politischen Interessen der USA natürlich eher als der Keynes-Plan. Deshalb – und nicht etwa, weil er nicht praktikabel gewesen wäre – wurde der Keynes-Plan in Bretton Woods verworfen. Keynes selbst hat bewusst betont, dass sein System nicht nur eine schöne Idee sein soll, sondern auch in der Praxis umsetzbar ist, „und zwar unabhängig von der jeweiligen Regierungsform und den Prinzipien der Wirtschaftspolitik der betreffenden Mitgliedstaaten.“²⁴ In diametralem Gegensatz dazu steht die heutige Praxis der obligatorischen Einflussnahme des IWF auf die Verwendung der Kredite, die die notleidenden Empfängerländer erhalten.

Genau um der Gefahr einer Praxis wie der des heutigen IWF entgegenzuwirken, wollte Keynes eine epochale Änderung: „Die vorgeschlagenen Regelungen weichen in einem wichtigen Punkt vom Vorkriegssystem ab, da sie die Verantwortung für die Wiederherstellung eines Gleichgewichts nicht nur dem Schuldnerland, sondern zum Teil auch dem Gläubigerland aufbürden. ... Dabei zielen die Maßnahmen darauf ab, die Gläubiger aus ihrer rein passiven Rolle zu locken. Solange das nicht gelingt, stehen die Schuldnerländer, die als Schuldner ohnehin in der schwächeren Position sind, unter Umständen vor einem unlösbaren Problem.“²⁵

Mit Keynes' Bancor-Plan nach Europa

Doch zurück nach Europa: Was könnte eine an Keynes orientierte europäische Währungskonstruktion leisten?

- Statt eines nur noch zweifelhaft demokratisch legitimierten und anonymen europäischen Zentralstaates mit einer Einheitswährung, die entweder nicht funktioniert oder aber Ungleichgewichte und soziale Polarisationsprozesse akzeleriert, eigenständige Einzelstaaten, die alleine der kulturellen Vielfalt Europas genügen können, mit eigenen, binnenwirtschaftlich stabilisierten

Währungen, die mit einem neutralen Bindeglied verkoppelt werden.

- Statt eines in der Tat vermachtenden und polarisierenden Währungsraumes gerechtere und ausgleichendere Währungsverhältnisse in den einzelnen Ländern, die für langfristig stabile und friedfertige Verhältnisse notwendig vorausgesetzt werden müssen.

- Statt einer oktroyierten Zwangsgemeinschaft, die nicht nur kulturell, sondern auch im Hinblick auf den Lebensstandard inhomogen ist und deshalb jede Identifikation der Individuen mit ihr unmöglich macht, gute währungspolitische Voraussetzungen für eine echte realwirtschaftliche Konvergenz, aus der dann erst politische und soziale Konvergenz entstehen kann.

- Statt einer Festung Europa ein Staatenbund, der sich offen zeigt für die freiwillige Teilnahme von Ländern aus allen Erdteilen, die Stück für Stück unter Zuhilfenahme der ihnen gewährten zinslosen Darlehen (s.o.) ihr Wirtschaftspotential allmählich und behutsam ausbauen, ohne über Schuldenspiralen in wirtschaftsimperialistische Abhängigkeitsverhältnisse zu geraten.

Keynes' Plan weist ihn aus als einen Welt-Ökonomen, der von einem gesunden wohlfahrtspolitischen Instinkt getragen war und nach seinem Tode zu Unrecht auf einen „Mr. Deficit Spending“ reduziert wurde. Seine Ideen und Gedanken können noch immer und gerade heute wegweisend sein für Entwürfe, die ökonomische Vernunft mit Interessen des Gemeinwohls verbinden. Sein Plan ist sein Vermächtnis für die „Eine Welt“. Er ist sein Testament für uns geblieben. Bis zum heutigen Tage.

Anmerkungen

- 1 Betz, Thomas: „Was der Euro soll und was eine internationale Währung wirklich sollte“, in: ZfSÖ No. 117, Juni 1998, S. 35 ff.
- 2 Sie durfte nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten liegen.
- 3 Schuldenübernahme und Tilgung durch Dritte.
- 4 Europäischer Stabilitätsmechanismus.
- 5 Eventuelle Folge- und Sekundärkosten sind hier unberücksichtigt.
- 6 Holger Zschäpitz: „Ökonomen warnen vor Billionenrisiko für Deutschland“ in: Die Welt, 23.10.2017.
- 7 <https://de.statista.com> und eigene Berechnungen.
- 8 <https://www.theeuropean.de/oliver-goetz/14135-kommt-jetzt-das-euro-aus-fuer-italien>
- 9 Das ist keineswegs unabdingbar, weil ja durch die Geldmengen-

- ausweitungs-finanzierte Staatsnachfrage Produktion von Gütern und Dienstleistungen induziert wird, mithin der größeren Geldmenge dann auch eine größere Menge an Gütern und Dienstleistungen gegenübersteht.
- 10 Gemäß einer Formulierung von Wilhelm Hankel.
- 11 Behrens, Eckhard: „Euro- oder Schuldenkrise? – Eine Verbindung des Euro mit nationalen Regiogeldern überwindet Rezessionen“ in ZFSÖ No. 170/171, Okt. 2011, S. 3 ff. – Schuster, Ludwig & Kennedy, Margrit: „Mit einer Komplementärwährung kann Griechenland abwerten und in der Euro-Zone bleiben“, in: ZFSÖ No. 170/171, Okt. 2011, S. 10 ff. – Behrens, Eckhard: „Staatliches Nebengeld – Damit Griechenland im Euroraum bleiben kann“, in: ZFSÖ No. 190/191, Okt. 2016, S. 33 ff.
- 12 Keynes, John Maynard: Vorschläge für die Gründung einer internationalen Clearing Union (deutsche Übersetzung von Jan A. Kregel), in: Lettre International (deutsche Ausgabe) No. 2/1988.
- 13 Vgl. im Folgenden auch Betz, Thomas: „Globalisierung des Geldes“, in: ZFSÖ No. 125, Juni 2000, S. 14 ff. – Betz, Thomas: „War Keynes der bessere Gesell oder Gesell der bessere Keynes“, in: ZFSÖ No. 146, Sept. 2005, S. 13 ff. und Betz, Thomas „Keynes' Bancor-Plan reloaded“, in: ZFSÖ No. 164/165, April 2010, S. 38 ff.
- 14 Gesell, Silvio: Internationale Valuta-Assoziation (IVA), in: Gesammelte Werke Band 12, Lütjeburg: Gauke Verlag GmbH 1992, S. 192ff.
- 15 Keynes 1988, S. 39.
- 16 Keynes 1988, S. 41.
- 17 Keynes 1988, S. 41.
- 18 Vgl. im Folgenden Keynes 1988, S. 47.
- 19 Keynes 1988, IV, S. 43.
- 20 Kregel, Jan A.: Keynes' Clearing Union und die internationale Finanzkrise, in: Lettre International (deutsche Ausgabe) No. 2/1988, S. 52.
- 21 Keynes 1988, S. 45.
- 22 In abgeschwächtem Maße und regional begrenzt haben sich auch Euro und Yen als Leitwährungen etablieren können.
- 23 Zit. nach Hankel, Wilhelm: John Maynard Keynes – Die Entschlüsselung des Kapitalismus, München 1986, S.75.
- 24 Keynes 1988, (ii), S. 39.
- 25 Keynes 1988, S. 44.

Silvio Gesell: Die Erde als Heimat aller Menschen

„Das Hoheitsrecht über den Erdball steht dem Menschen, nicht den Völkern zu. Aus diesem Grunde hat auch kein Volk das Recht, Grenzen zu errichten und Zölle zu erheben. Auf der Erde, die wir uns im Sinne von Freiland nur als Kugel vorstellen können, gibt es keine Warenein- und -ausfuhr. Freiland bedeutet darum auch Freihandel, Weltfreihandel, die spurlose Versenkung aller Zollgrenzen. Die Landesgrenzen sollen nur einfache Verwaltungsgrenzen sein, etwa wie die Grenzen zwischen den einzelnen Kantonen der Schweiz. ...

Jeder gesunde Mensch hält die Welt nicht für einen zoologischen Garten, wo die Völker, durch bunte Eisenstäbe voneinander getrennt, in Einzelhaft leben sollen. Die Kugel, die da im weiten Bogen um die Sonne kreist – das ist des Menschen Heimat. Diese Heimat will ihm aber der Zoll streitig machen. Das ist Unsinn, das ist Krieg. ... Allen Menschen ist die Erde als Tummelplatz angewiesen, allen unter den gleichen natürlichen Bedingungen.“

Die Natürliche Wirtschaftsordnung (1920), in: Gesammelte Werke Band 11, S. 72 und 229-230.

„Und man vergesse nicht: Wer für die Internationale Valuta-Assoziation kämpft, kämpft mit dem allein wirksamen Mittel für den Weltfreihandel, also auch für die Völkerverständigung und damit für den Völkerfrieden. Er sichert also auch seine Kinder gegen das Verscharrtwerden in Massengräbern.“

Reparationsbank und IVA-Note (1929), in: Gesammelte Werke Band 17, S. 197.